A 22127 C

Bibliothek
DIW Berlin
Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin
Tel.: 030 / 89789-350

Bundesverkehrswege: Neubau auf Kosten der Substanzerhaltung künftig nicht mehr vertretbar 639

Erwerbsverhalten von Frauen: Trotz Annäherung immer noch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West 648

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 42/2001

Berlin 18. Oktober 2001 68. Jahrgang

Bibliothek
3. Ex.

Bundesverkehrswege: Neubau auf Kosten der Substanzerhaltung künftig nicht mehr vertretbar

Die langfristige Investitionsplanung für die Bundesverkehrswege (Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Schienenwege der Deutschen Bahn AG, Bundeswasserstraßen) muss — bei gleich bleibendem Finanzrahmen — drei konkurrierenden Anforderungen gerecht werden: Durch die sich verschlechternde Altersstruktur der Anlagen steigen zwangsläufig die zur Substanzerhaltung und Modernisierung erforderlichen Mittel. In Ostdeutschland kommen Ausgaben zur Qualitätsangleichung an westdeutsche Standards hinzu. Schließlich sind neben dem steigenden Ersatzinvestitionsbedarf Erfordernisse der Kapazitätserweiterung zu berücksichtigen.

Eine Studie[1] des DIW Berlin für die Bundesverkehrswegeplanung ergab, dass bereits in den 90er Jahren in einigen Wegebereichen die effektiv getätigten Ersatzinvestitionen unter dem für die qualifizierte Substanzwertsicherung erforderlichen Niveau lagen. Für den Zeitraum 1999 bis 2020 prognostiziert das DIW Berlin einen kumulierten Ersatzbedarf von 253 Mrd. DM, der etwa zwei Dritteln der geplanten Gesamtinvestitionen entsprechen würde. Angesichts der Vernachlässigung der Ersatzinvestitionen in den 90er Jahren ist die Politik gefordert, den für die Zukunft berechneten Ersatzbedarf zu decken, d. h. ihm Priorität vor Neu- und Ausbaumaßnahmen einzuräumen.

Entwicklung von Brutto-Anlageinvestitionen und -Anlagevermögen von 1991 bis 1998

Im Zeitraum 1991 bis 1998 sind insgesamt knapp 140 Mrd. DM (zu Preisen von 1995) in die Bundesverkehrswege investiert worden (Tabelle 1). Mit 66 Mrd. DM floss der größte Teil dieser Mittel in die Bundesfernstraßen, hiervon wiederum knapp 38 Mrd. DM in die Bundesautobahnen und gut 28 Mrd. DM in die Bundesstraßen. Annähernd ebenso hohe Investitionen wurden mit gut 63 Mrd. DM in die Schienenwege der DB getätigt. Auf die Bundeswasserstraßen entfielen fast 10 Mrd. DM. Gut 62 Mrd. DM oder 44 % der gesamten Investitionen flossen nach Ostdeutschland. Auf Ersatzmaßnahmen entfiel im gesamten Analysezeitraum — aggregiert über alle Verkehrsbereiche — fast die Hälfte der gesamten Investitionen (Tabelle 2). Mit 70 % war der Anteil der Ersatzinvestitionen an den Brutto-Anlageinvestitionen bei den ostdeutschen Bundesstraßen am höchsten.

Die Bundesverkehrswege repräsentierten 1998 ein Brutto-Anlagevermögen von 633 Mrd. DM; es erhöhte sich damit in der Analyseperiode um 12 %. Gut die Hälfte dieses Anlagevermögens verkörperten mit 329 Mrd. DM die Bundesfernstraßen; auf die Schienenwege und die Wasserstraßen entfielen 230 Mrd. DM bzw. 75 Mrd. DM.

[1] Vgl. U. Kunert und H. Link: Prognose des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege bis zum Jahre 2020. Gutachten im Auftrage des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin 2000. Veröffentlicht in der DIW-Reihe Beiträge zur Strukturforschung, Heft 187, Berlin 2001.

Tabelle 1

Bundesverkehrswege: Brutto-Anlageinvestitionen und -Anlagevermögen[1] 1991 bis 1998

in Mrd. DM zu Preisen von 1995

Verkehrswege	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
	Kumulierte Brutto-Anlageinvestitionen 1991 bis 1998		
Bundesverkehrswege	76,9	62,1	139,0
Bundesfernstraßen	40,9	25,0	65,9
Bundesautobahnen	22,8	14,9	37,7
Bundesstraßen	18,1	10,1	28,2
Schienenwege der DB AG	28,2	35,1	63,3
Bundeswasserstraßen	7,8	2,0	9,8
	Brutto-Anlagevermögen 1990[2]		
Bundesverkehrswege	481,2	82,1	563,3
Bundesfernstraßen	256,4	31,8	288,2
Bundesautobahnen	140,3	13,0	153,3
Bundesstraßen	116,1	18,8	134,9
Schienenwege der DB AG	166,7	37,7	204,4
Bundeswasserstraßen	58,1	12,6	70,7
	Brutto-Anlagevermögen 1998[2]		
Bundesverkehrswege	506,2	126,9	633,1
Bundesfernstraßen	278,5	50,5	329,0
Bundesautobahnen	154,6	25,9	180,5
Bundesstraßen	123,9	24,6	148,5
Schienenwege der DB AG	166,0	63,4	229,4
Bundeswasserstraßen	61,7	13,0	74,7

[1] Ohne Grunderwerb. — [2] Zum Jahresende.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

Trotz der erheblichen Investitionsvolumina wurde in den 90er Jahren für einige Wegebereiche der Ersatzbedarf nicht gedeckt. Nach Berechnungen des DIW Berlin betrug die Lücke mindestens 5 Mrd. DM.[2]

Ersatzinvestitionsbedarf für den Zeitraum 1999 bis 2020

Für die Fortschreibung des Anlagevermögens bis 2020 wurden Investitionslinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) für die einzelnen Wegebereiche verwendet. Sie berücksichtigen die UMTS-Pauschale[3], Mittel aus der EFRE-Zusatzfinanzierung (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) und Teile der Einnahmen aus der Lkw-Maut, die für das so genannte Anti-Stauprogramm vorgesehen sind.[4]

Aus der Fortschreibung der Anlagevermögensrechnung im Prognosezeitraum ergeben sich die Vermögensabgänge als untere Leitlinie für den Ersatzbedarf. Die zusätzliche Modernisierungskomponente (Zuschlag für die qualifizierte Substanzwertsicherung) ist für alle Wegebereiche in Absprache mit dem BMVBW auf 10 % festgelegt worden (siehe Kasten).

Bundesautobahnen

Knapp die Hälfte der von 1991 bis 1998 getätigten Brutto-Anlageinvestitionen in Bundesautobahnen waren Ersatzinvestitionen. In Ostdeutschland wurden zu Beginn der 90er Jahre mehr als drei Viertel der Gelder für Ersatzmaßnahmen eingesetzt; dieser Anteil sank in den Folgejahren stetig, bis auf ein Drittel der Brutto-Anlageinvestitionen im Jahre 1998. Hierin spiegelt sich die Tatsache,

[2] Hierin ist der Nachholbedarf für die Schienenwege nicht enthalten. Seine Quantifizierung war aufgrund fehlender Daten für den Zeitraum 1991 bis 1993 nicht möglich.

[3] Diese Pauschale enthält den Teil der aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen resultierenden Zinsersparnisse des Bundes, der für den Verkehrshaushalt zur Verfügung gestellt wird.

[4] Anti-Stau-Programm: Zusätzliche Investitionen zur Beseitigung von Engpässen im Verkehrsnetz, BMVBW 2000; *http://www.BauNetz.de/bmvbw/f_verk.htm*

Tabelle 2

Bundesverkehrswege: Brutto-Anlageinvestitionen, Vermögensabgänge und getätigte Ersatzinvestitionen 1991 bis 1998

in Mrd. DM zu Preisen von 1995

Verkehrswege	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
	Kumulierte Brutto-Anlageinvestitionen[1]		
Bundesverkehrswege	76,9	62,1	139,0
Bundesfernstraßen	40,9	25,0	65,9
Bundesautobahnen	22,8	14,9	37,7
Bundesstraßen	18,1	10,1	28,2
Schienenwege der DB AG	28,2	35,1	63,3
Bundeswasserstraßen	7,8	2,0	9,8
	Kumulierte Ersatzinvestitionen		
Bundesverkehrswege	34,7	27,8	62,5
Bundesfernstraßen	18,5	14,0	32,5
Bundesautobahnen	10,8	6,9	17,7
Bundesstraßen	7,7	7,1	14,8
Schienenwege der DB AG[2]	12,5	12,8	25,3
Bundeswasserstraßen	3,7	1,0	4,7
	Kumulierte Vermögensabgänge		
Bundesverkehrswege	49,9	16,2	66,1
Bundesfernstraßen	18,6	6,2	24,8
Bundesautobahnen	8,4	1,9	10,3
Bundesstraßen	10,2	4,3	14,5
Schienenwege der DB AG[3]	27,1	8,5	35,6
Bundeswasserstraßen	4,2	1,5	5,7

[1] Ohne Grunderwerb. — [2] Zeitraum 1994 bis 1998. — [3] Die Vermögensabgänge im Zeitraum 1994 bis 1998 beliefen sich auf 17,3 Mrd. DM in Westdeutschland und 5,4 Mrd. DM in Ostdeutschland.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

dass Neubaumaßnahmen zunächst eine Anlaufphase benötigten. In Westdeutschland hingegen stieg der Anteil der Ersatzmaßnahmen an den gesamten Investitionen von gut einem Drittel im Jahre 1991 auf mehr als die Hälfte im Jahre 1998.

Für das westdeutsche Autobahnnetz wurde ein Ersatzbedarf für die qualifizierte Substanzwertsicherung von 51 Mrd. DM im Prognosezeitraum ermittelt. Betrachtet man die Modellergebnisse im Zeitverlauf, so wird deutlich, dass der Spielraum für Neu- und Ausbauvorhaben schrumpft (Abbildung 1): Während der Ersatzbedarf zu Beginn des Prognosezeitraums bei gut der Hälfte der gesamten Brutto-Anlageinvestitionen liegt, sind es 2015 bereits drei Viertel und im Jahre 2020 gut 90 %.

Für die ostdeutschen Autobahnen wurde ein kumulierter Ersatzbedarf von 7 Mrd. DM berechnet. Dabei liegen im gesamten Prognosezeitraum die geplanten Brutto-Anlageinvestitionen weit über den notwendigen Ersatzinvestitionen.

Bundesstraßen

Auch bei den Bundesstraßen entfiel etwa die Hälfte der kumulierten Brutto-Anlageinvestitionen auf Ersatzinvestitionen. Während die effektiv getätigten Ersatzinvestitionen für die ostdeutschen Bundesstraßen ausreichend waren, um die aus der Modellrechnung ermittelten Vermögensabgänge zu decken, ergibt sich für das westdeutsche Bundesstraßennetz ein anderes Bild: Entsprachen hier die Ersatzinvestitionen zu Beginn der 90er Jahre noch den physischen Abgängen, so sanken sie im weiteren Verlauf deutlich darunter und betrugen seit 1996 nur noch rund 800 Mill. DM jährlich (Abbildung 2). Gleichzeitig stiegen die Abgänge auf zuletzt 1,5 Mrd. DM, so dass sie am Ende der 90er Jahre nur noch zu 56 % durch Ersatzmaßnahmen gedeckt wurden. Die Vernachlässigung der Erhaltung der Bundesstraßen in Westdeutschland lässt sich folgendermaßen beziffern: In den acht Analysejahren standen den Abgängen von 10,2 Mrd. DM Ersatzinvestitionen von 7,7 Mrd. DM gegenüber, d. h. Abgänge im

Definitionen und Methodik

Die *Ersatzinvestitionen* umfassen den Ersatz abgenutzter Teile der Wegeanlagen[1] im Rahmen größerer Instandsetzungen sowie Erneuerungsmaßnahmen. Dabei wird unterschieden zwischen der einfachen Wiederherstellung in der ursprünglichen Form und einer qualifizierten Substanzwertsicherung, die den Ersatz nach den zum Zeitpunkt der Erneuerung geltenden Qualitätsansprüchen und veränderten Baustandards (Einbau von Frostschutzschichten, Berücksichtigung von Umweltauflagen, Schallschutzwänden, Ersatz elektromechanischer Stellwerke durch elektronische) berücksichtigt. Die hier dargestellten Untersuchungsergebnisse basieren auf dem der Realität eher entsprechenden Konzept der qualifizierten Substanzwertsicherung und schließen daher die Verbesserung der Anlagenqualität und die Anpassung an veränderte Baustandards und Bautechniken, nicht jedoch die Anpassung an veränderte Verkehrsmengen ein.

Der Netzausbau sowie die Ergänzung um Fahrbahnen bzw. Gleise sind dagegen *Nettoinvestitionen*, die nicht Bestandteile des Ersatzbedarfs sind. Die Ersatz- und Nettoinvestitionen zusammen bilden die *Brutto-Anlageinvestitionen*.

Die methodische Basis für die Ermittlung des Ersatzinvestitionsbedarfs ist die Investitions- und Anlagevermögensrechnung des DIW Berlin für den Verkehrssektor. Diese verwendet zur Bestimmung des Anlagevermögens, der Vermögensabgänge und der Abschreibungen ein Perpetual-inventory-Modell, bei dem das Anlagevermögen durch Kumulation der einzelnen Investitionsjahrgänge unter Berücksichtigung von Abschreibungen und Abgängen fortgeschrieben wird. Datenbasis hierfür sind lange Investitionszeitreihen für verschiedene Bauwerkstypen der Wegebereiche, die zum Teil mehr als 100 Jahre umfassen. Dabei werden sowohl das Brutto- als auch das Netto-Anlagevermögen berechnet. Das Brutto-Anlagevermögen stellt den Wiederbeschaffungswert der im Zeitablauf erstellten Verkehrsanlagen auf einheitlicher Preisbasis — in diesem Bericht 1995 — dar, während das Netto-Anlagevermögen den Zeitwert repräsentiert.

Die mit dem Perpetual-inventory-Modell ermittelten Vermögensabgänge können als Bedarf zur Wiederherstellung in der ursprünglichen Bauausführung angesehen werden. Der Mehrbedarf für die qualifizierte Substanzwertsicherung wurde in früheren Studien des DIW Berlin[2] aus der Gegenüberstellung von Modellergebnissen für die Vermögensabgänge und den in der Vergangenheit für Ersatz- bzw. Erneuerungsmaßnahmen aufgewendeten Mitteln abgeleitet. Allerdings konnte dieser Ansatz, bedingt durch das Investitionsverhalten des Bundes nach der deutschen Einheit, nicht für alle Wegebereiche fortgeführt werden, da in diesem Zeitraum die getätigten Ersatzinvestitionen zum Teil noch unter den Vermögensabgängen lagen. Stattdessen wurde für die vorliegende Untersuchung der Modernisierungszuschlag pauschal für alle Wegebereiche in Absprache mit dem Auftraggeber auf 10 % festgelegt.

Der längerfristig vorauszuschätzende Ersatzbedarf ist nicht nur von den bereits getätigten Investitionen, sondern auch von Investitionsmaßnahmen im Prognosezeitraum abhängig. Die hier zugrunde gelegten Investitionspfade basieren bis zum Jahre 2015 für die Bundesfernstraßen, die Schienenwege der DB AG und die Bundeswasserstraßen auf Angaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (BMVBW) und wurden vom DIW Berlin bis zum Jahr 2020 fortgeschrieben. Die Aufteilung der Bundesfernstraßeninvestitionen auf Autobahnen und Bundesstraßen wurde vom DIW Berlin in Abstimmung mit dem BMVBW vorgenommen. Die Aufteilung der Brutto-Anlageinvestitionen für alle Wegebereiche nach Ost- und Westdeutschland erfolgte ebenfalls in Abstimmung mit dem BMVBW sowie bei den Schienenwegen in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die getroffenen Annahmen über die künftige Investitionsentwicklung aufgrund der relativ geringen Abgänge in den ersten Nutzungsjahren kaum Einfluss auf den geschätzten Ersatzbedarf haben. Sie signalisieren jedoch — definiert man den Ersatzbedarf als indisponiblen Bedarf — den verbleibenden Spielraum für Neu- und Ausbauvorhaben.

---

[1] Zum Verkehrsweg gehören die gesamte bauliche Substanz des Weges sowie alle ihm unmittelbar zuzuordnenden Nebenanlagen.

[2] H. Enderlein und U. Kunert: Ermittlung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege. Beiträge zur Strukturforschung, Heft 134, 1992; Hohe Ersatzinvestitionen in Verkehrswege erforderlich. Bearb.: H. Enderlein, U. Kunert und H. Link. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/92.

Abbildung 1

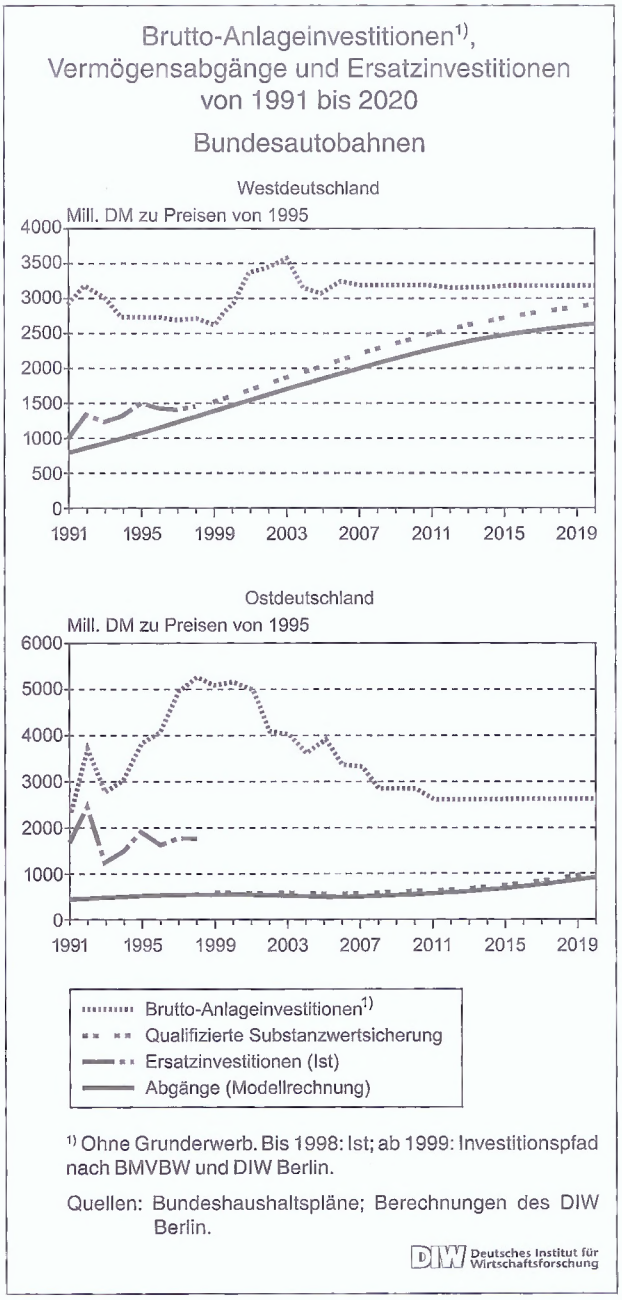
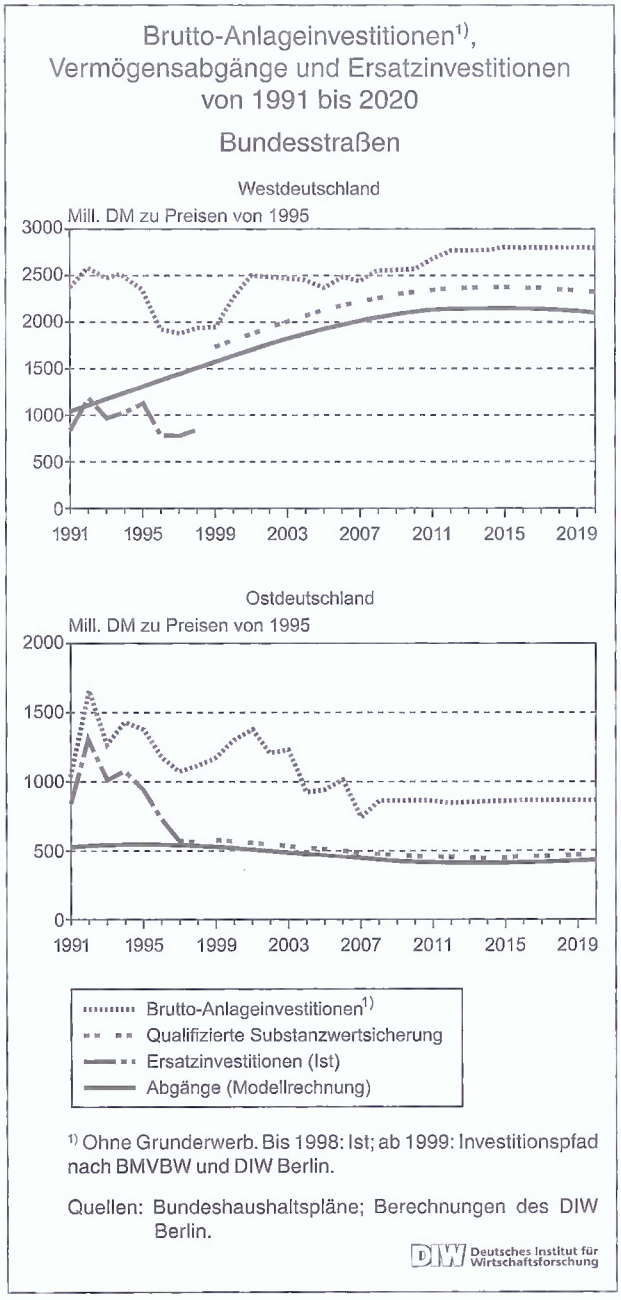


Abbildung 2



Wert von 2,5 Mrd. DM wurden nicht ersetzt. Unter Einbeziehung einer Modernisierungskomponente liegt der Fehlbetrag bei 3,5 Mrd. DM.[5]

Im Zeitraum 1999 bis 2020 ist ein Betrag von knapp 50 Mrd. DM für den Ersatz bei westdeutschen Bundesstraßen aufzuwenden. Hier ist der Nachholbedarf aus den 90er Jahren noch nicht einmal berücksichtigt. Insbesondere in den Jahren von 2005 bis 2010 wird das vorgesehene Niveau der Brutto-Anlageinvestitionen fast vollständig durch Ersatzinvestitionen ausgeschöpft.

Für die ostdeutschen Bundesstraßen ist nach Berechnungen des DIW Berlin ein kumulierter Betrag von

[5] Dieser empirische Befund wird u. a. auch durch Quellen des BMVBW sowie durch ingenieurwissenschaftliche Studien gestützt. So heißt es bezüglich des Erhaltungszustandes der Bundesstraßen im Investitionsprogramm des BMVBW: „In den letzten Jahren hat sich der Modernisierungsgrad der Infrastruktur – also der Zustand mit durchgeführter Erhaltung – verschlechtert. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich; sie liegen u. a. im Einsatz von originären Erhaltungsmitteln für Aus- und Neubauten" (Investitionsprogramm für den Ausbau der Bundesschienenwege, Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen in den Jahren 1999 bis 2002, BMVBW 1999, S. 12 f.).

Tabelle 3

Bundesverkehrswege: Brutto- und Netto-Anlagevermögen[1] 1998 und 2020

in Mrd. DM zu Preisen von 1995

Verkehrswege	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto	Brutto	Netto
			1998			
Bundesverkehrswege	506,2	338,9	126,9	88,0	633,1	426,9
Bundesfernstraßen	278,5	197,1	50,5	36,5	329,0	233,6
Bundesautobahnen	154,6	112,5	25,9	20,3	180,5	132,8
Bundesstraßen	123,9	84,6	24,6	16,2	148,5	100,8
Schienenwege der DB AG	166,0	102,4	63,4	44,7	229,4	147,1
Bundeswasserstraßen	61,7	39,4	13,0	6,8	74,7	46,2
			2020			
Bundesverkehrswege	537,1	354,7	218,5	148,6	791,6	503,3
Bundesfernstraßen	314,8	199,8	91,3	65,0	406,1	264,8
Bundesautobahnen	178,0	112,9	55,5	40,7	233,5	153,6
Bundesstraßen	136,8	86,9	35,8	24,3	172,6	111,2
Schienenwege der DB AG	191,1	116,4	108,3	71,5	299,4	187,9
Bundeswasserstraßen	67,2	38,5	18,9	12,1	86,1	50,6

[1] Zum Jahresende; ohne Grunderwerb.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

11 Mrd. DM erforderlich, um den Ersatzbedarf für eine qualifizierte Substanzwertsicherung zu gewährleisten. Aus der Altersstruktur des Vermögens ergibt sich eine leicht wellenförmige Entwicklung: So fällt der Ersatzbedarf für die qualifizierte Substanzwertsicherung bis 2015 auf jährlich 450 Mill. DM, um anschließend wieder bis auf rund 490 Mill. DM im Jahre 2020 zu wachsen. Insgesamt verbleiben bei der vorgegebenen Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen für die ostdeutschen Bundesstraßen noch Spielräume für Neu- und Ausbauvorhaben.

Tabelle 4

Ersatzinvestitionsbedarf[1] für die Bundesverkehrswege von 1999 bis 2020

in Mrd. DM zu Preisen von 1995

Verkehrswege	Deutschland		
	West	Ost	Gesamt
Bundesverkehrswege	197,4	55,6	253,0
Bundesfernstraßen	99,8	18,0	117,8
Bundesautobahnen	51,3	7,1	58,4
Bundesstraßen	48,5	10,9	59,4
Schienenwege der DB AG	80,9	32,3	113,2
Bundeswasserstraßen	16,7	5,3	22,0

[1] Ersatzinvestitionsbedarf für eine qualifizierte Substanzwertsicherung.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

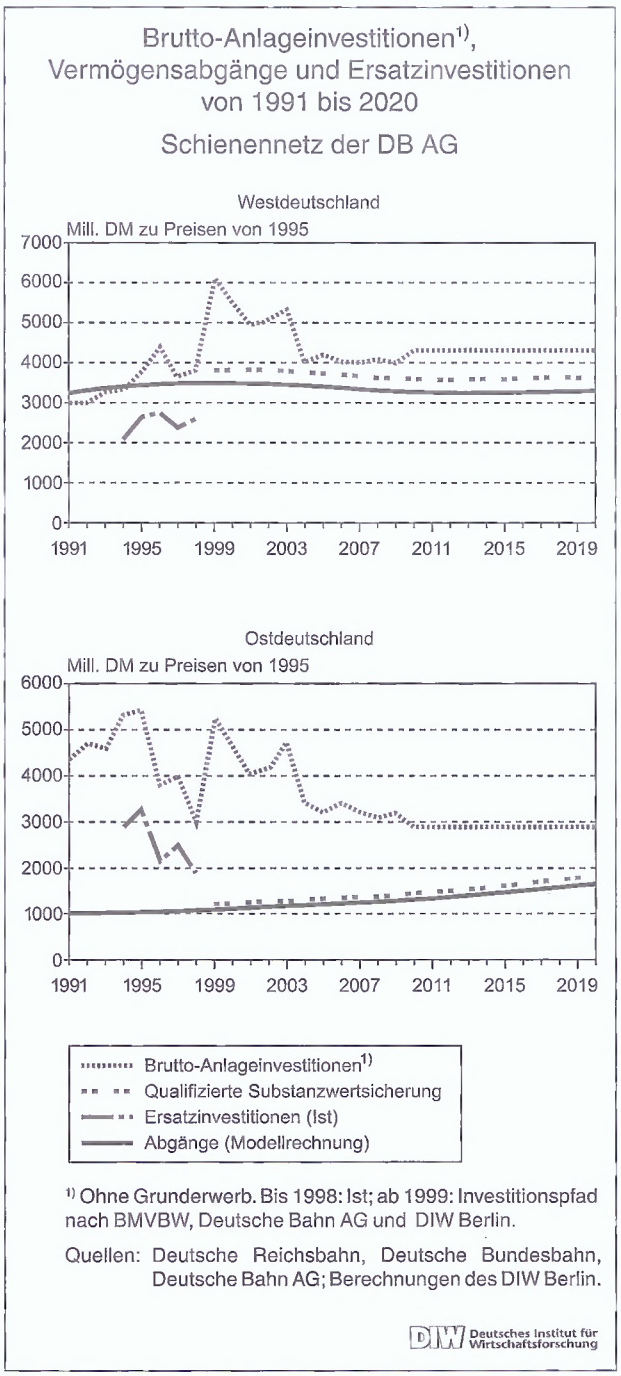
Schienenwege der Deutschen Bahn AG

Ein Vergleich der effektiv getätigten Ersatzinvestitionen in das Schienennetz mit den modellmäßig ermittelten Vermögensabgängen war aufgrund der Datenlage erst ab 1994, dem Gründungsjahr der Deutschen Bahn AG, möglich. Die Analyse ergab, dass der Anteil der Ersatzinvestitionen an den Brutto-Anlageinvestitionen knapp zwei Drittel betrug. In Westdeutschland reichten die tatsächlich getätigten Ersatzinvestitionen während des gesamten Analysezeitraums nicht zur Deckung der Abgänge aus (Abbildung 3). Eine Quantifizierung des Nachholbedarfs analog zum Vorgehen bei den westdeutschen Bundesstraßen ist jedoch angesichts fehlender Informationen für die Jahre 1991 bis 1993 nicht möglich.

Anders stellt sich die Entwicklung für Ostdeutschland dar. Da im Schienenbereich die Investitionstätigkeit unmittelbar nach der deutschen Vereinigung begonnen wurde, waren die Brutto-Anlageinvestitionen durch ein hohes Niveau gekennzeichnet. Die Ersatzinvestitionen lagen rechnerisch von 1994 bis 1998 weit über den Vermögensabgängen. Sie reflektierten teilweise auch den Abbau des für 1991 konstatierten Nachholbedarfs.[6]

[6] H. Enderlein, U. Kunert und H. Link: Berechnung und Bewertung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern. Beiträge zur Strukturforschung, Heft 149, 1994. Immer noch Nachholbedarf bei der Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland. Bearb.: H. Link. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/96.

Abbildung 3



Für Ersatzinvestitionen in Schienenwege ergibt sich für den Prognosezeitraum ein Wert von 113 Mrd. DM, von dem 32 Mrd. DM auf die ostdeutschen Schienenwege entfallen. Sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland sind die vorgegebenen Brutto-Anlageinvestitionen ausreichend, um den Ersatzbedarf zu decken. Allerdings liegt das geplante Investitionsvolumen für das westdeutsche Schienennetz in den Jahren von 2004 bis 2009 nur knapp über dem Ersatzbedarf; von 2010 an wäre es zu drei Vierteln durch Ersatzmaßnahmen ausgeschöpft. Dabei ist der in den 90er Jahren aufgelaufene Nachholbedarf noch nicht berücksichtigt. Hingegen verbleibt beim ostdeutschen Schienennetz neben den Ersatzinvestitionen für die qualifizierte Substanzwertsicherung noch Spielraum für Aus- und Neubauvorhaben.

Bundeswasserstraßen

Bei den westdeutschen Wasserstraßen wurde im Zeitraum 1991 bis 1998 knapp die Hälfte aller Investitionsmittel für Ersatzmaßnahmen ausgegeben. Dennoch reichten die effektiv getätigten Ersatzinvestitionen nicht aus, um die Vermögensabgänge zu decken (Abbildung 4). Folgt man dem Konzept der qualifizierten Substanzerhaltung, so lässt sich der Nachholbedarf auf 840 Mill. DM beziffern. Auch für die ostdeutschen Wasserstraßen ist zu konstatieren, dass die effektiv getätigten Ersatzinvestitionen mit Ausnahme des Jahres 1998 unter den Vermögensabgängen lagen. Da allerdings im Zeitverlauf sowohl die Bruttoinvestitionen als auch die Ersatzinvestitionen für das ostdeutsche Wasserstraßennetz stiegen, ist die Entwicklung wohl auch dahingehend zu interpretieren, dass das Investitionsgeschehen erst verzögert eingesetzt hat, jedoch eine positive Tendenz aufweist.

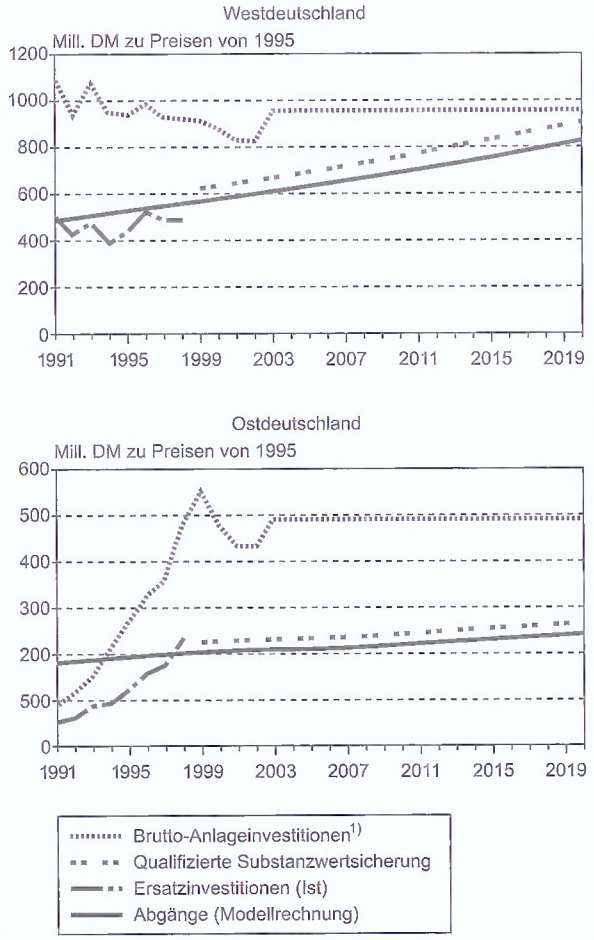
Nach Berechnungen des DIW Berlin ist im Prognosezeitraum für die qualifizierte Substanzwertsicherung bei den westdeutschen Wasserstraßen ein kumulierter Betrag von 17 Mrd. DM, bei den ostdeutschen Wasserstraßen von rund 5 Mrd. DM erforderlich. Betrachtet man die Entwicklung von Vermögensabgängen, Abschreibungen, Ersatzbedarf für die qualifizierte Substanzwertsicherung sowie den Verlauf der vorgegebenen Investitionslinie für die westdeutschen Wasserwege, so fällt auf, dass am Ende des Prognosezeitraums kaum Spielraum für Neu- oder Ausbaumaßnahmen bleibt. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass in den 90er Jahren ein Nachholbedarf entstanden ist.

In Ostdeutschland belaufen sich die geplanten Brutto-Anlageinvestitionen auf rund das Doppelte der Modell-Abgänge. Dies signalisiert Bedarfsdeckung und Spielraum für Neubaumaßnahmen. Allerdings resultiert aus der nicht erreichten Bedarfsdeckung im Analysezeitraum sowie aus dem nach der deutschen Vereinigung festgestellten Bedarf an Investitionen zum Ausgleich unterlassener Unterhaltung und niedrigerer Baustandards nach wie vor ein Nachholbedarf für die ostdeutschen Wasserstraßen. Zudem sind in den Brutto-Anlageinvestitionen die Mittel für den bereits begonnenen Ausbau der Wasserstraßenverbindung vom Raum Hannover nach Berlin (VDE-Projekt 17) enthalten. Damit ist ein Teil der Brutto-Anlageinvestitionen projektgebunden und nicht mehr für andere Vorhaben verfügbar.

Abbildung 4

Brutto-Anlageinvestitionen[1]), Vermögensabgänge und Ersatzinvestitionen von 1991 bis 2020

Bundeswasserstraßen



[1]) Ohne Grunderwerb. Bis 1998: Ist; ab 1999: Investitionspfad nach BMVBW und DIW Berlin.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Fazit

In den 90er Jahren haben insbesondere in Westdeutschland die effektiv getätigten Ersatzinvestitionen nicht ausgereicht, um die Substanzerhaltung der Wegeanlagen zu gewährleisten. Dies betrifft die Bundesstraßen, die Schienenwege der DB AG und die Wasserstraßen. Ursächlich hierfür waren insgesamt knappe Finanzen und die Konzentration erheblicher Mittel auf die Deckung des Baubedarfs in Ostdeutschland sowie auf den Aus- und Neubau von ostdeutschen Verkehrswegen im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit.

Summiert über die Infrastrukturbereiche ergibt sich für den Prognosezeitraum 1999 bis 2020 ein kumulierter Ersatzinvestitionsbedarf von 253 Mrd. DM. Die zur Substanzwertsicherung der Infrastruktur erforderlichen Mittel belaufen sich auf rund zwei Drittel der insgesamt geplanten Brutto-Anlageinvestitionen. Damit würden insbesondere zum Ende des Prognosezeitraums bei einigen Wegebereichen zwischen 80 % und 90 % des zur Verfügung stehenden Finanzrahmens durch notwendige Ersatzmaßnahmen ausgeschöpft werden.

Angesichts der Vernachlässigung von Ersatzinvestitionen in den 90er Jahren ist die Politik gefordert, der Erhaltung der existierenden Verkehrsinfrastruktur Priorität vor Neu- und Ausbaumaßnahmen zu geben. Ein erfolgversprechender Weg besteht darin, bei der Finanzierung der Bundesverkehrswege generell von der Haushaltsfinanzierung zur Nutzerfinanzierung durch Gebühren überzugehen.[7] Direkt nutzungsbezogene Gebühren mit einer klaren Verwendungsbestimmung der Einnahmen für die Unterhaltung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur versprechen eine gesamtwirtschaftlich effizientere Bereitstellung der Infrastruktur entsprechend den Präferenzen der Verkehrsnachfrager.

Die geplante entfernungsabhängige Lkw-Maut auf Bundesautobahnen ist ein wesentlicher Schritt auf diesem Weg. Allerdings ist hier ein Widerspruch zwischen der Begründung der Maut, dem zugrunde gelegten Preisprinzip und der vorgesehenen Verwendung der Einnahmen (jährlich 5 bis 7 Mrd. DM) zu konstatieren. Nach der EU-Richtlinie 93/89 EWG von 1993 sollen Straßenbenutzungsgebühren an den Kosten für Bau, Unterhaltung und Betrieb, d. h. den reinen Wegekosten, orientiert sein.[8] Das BMVBW hat erklärt, diesem Preisbildungsansatz folgen zu wollen. Die derzeitigen Pläne zur Verwendung der Einnahmen gehen jedoch davon aus, dass der überwiegende Teil der Gelder dem Finanzminister zufließt, während lediglich 1,6 Mrd. DM pro Jahr im Rahmen des Anti-Stauprogramms für die Bundesverkehrs-

[7] Dies entspricht auch dem Vorschlag des wissenschaftlichen Beirats beim BMVBW und der Pällmann-Kommission. Vgl. Wissenschaftlicher Beirat für Verkehr beim BMVBW: Straßeninfrastruktur: Wege zu marktkonformer Finanzierung. In: Internationales Verkehrswesen 5/2000, sowie Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung. Schlussbericht, 5. September 2000. *http://www. bmvbw.de*

[8] Das im Jahre 1998 vorgelegte EU-Weißbuch „Fair Payment for Infrastructure Use: A Phased Approach to a Common Transport Infrastructure Charging Framework in the EU" (COM(98), Brüssel) weicht hingegen von dem in der EU-Richtlinie 93/89 verwendeten Vollkostenprinzip der reinen Wegekosten ab und schlägt vor, in einem stufenweisen Prozess die Preisbildung nach sozialen Grenzkosten, d. h. orientiert an den Grenzkosten für die Unterhaltung und den Betrieb der Infrastruktur, für Umwelt- und Unfallbelastungen sowie Stau, einzuführen. Die 1999 von der EU-Kommission eingesetzte „High-Level Group on Infrastructure Charging" empfiehlt zur Umsetzung dieses Konzeptes die Anwendung differenzierter Instrumente wie Versicherungen, Aufschläge auf die Mineralölsteuer sowie Auktionsverfahren zur Allokation knapper Kapazität.

wege vorgesehen sind. Nutzerentgelte (Gebühren) legitimieren sich aber nur durch den direkten Zusammenhang zwischen Benutzung der Verkehrsinfrastruktur, den dadurch entstandenen Kosten und der Verwendung der darauf basierenden Gebühreneinnahmen. Wenn also die Lkw-Maut mit dem Übergang von der traditionellen Haushaltsfinanzierung zur Gebührenfinanzierung begründet wird und mit der Nutzungsgebühr die Kosten für Bau, Betrieb und Unterhaltung des Straßennetzes abgegolten werden sollen, so ist zu gewährleisten, dass die Einnahmen in voller Höhe für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Andere im Zusammenhang mit der Verkehrswegenutzung entstehende gesellschaftliche Kosten (z. B. Umweltkosten) sollten den Verursachern über zusätzliche verkehrspolitische Instrumente angelastet werden.

Erwerbsverhalten von Frauen: Trotz Annäherung immer noch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West

Trotz der anhaltend schwierigen Arbeitsmarktlage bleibt die Erwerbsorientierung von Frauen in Ostdeutschland hoch; in Westdeutschland hat sie merklich zugenommen. In Ostdeutschland allerdings sind die Frauen häufiger unfreiwillig teilzeitbeschäftigt. Beim Arbeitszeitumfang zeichnet sich in ganz Deutschland ein Trend zu mehr Teilzeitarbeit ab. Der Wunsch nach Vollzeitbeschäftigung nimmt wieder zu. Dies steht im Zusammenhang mit der Pluralisierung der Lebensformen, die eine eigenständige Existenzsicherung insbesondere der Frauen immer wichtiger werden lässt.

In Westdeutschland ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen seit der deutschen Vereinigung erheblich gestiegen. Der Mikrozensus weist für das Jahr 2000 eine Erwerbsquote (Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der Bevölkerung) von 69,6 % unter den 16- bis 59-jährigen Frauen aus (Tabelle 1); dies entspricht einer Steigerung von über 5 Prozentpunkten gegenüber 1991. In Ostdeutschland ist die Erwerbsquote der Frauen trotz des Rückgangs seit 1991 nach wie vor deutlich höher (83,3 %). Dies liegt vor allem daran, dass die Frauen dort eine höhere Erwerbsneigung haben und sich deshalb häufiger arbeitslos melden, wenn sie nicht erwerbstätig sind. Bei der Erwerbstätigkeit ist die Annäherung zwischen Ost und West ausgeprägter als bei der Erwerbsbeteiligung.

In Westdeutschland hatten knapp zwei Drittel der Frauen im erwerbsfähigen Alter eine Beschäftigung. Bei den Männern nahm der vergleichbare Anteil um 2,5 Prozentpunkte auf 81,4 % ab. Damit kam die Entwicklung auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt insbesondere Frauen zugute: Deren Beschäftigung stieg über den gesamten Zeitraum, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt bis 1997 abnahm.

In Ostdeutschland ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen nach dem Einbruch zu Anfang der 90er Jahre wieder gestiegen und liegt inzwischen bei 67 %. Dabei nahm deren Zahl zwar ab, der Rückgang bei der Basis (den Frauen im erwerbsfähigen Alter) war aber noch stärker.

Westdeutschland: Frauenerwerbsarbeit gewinnt weiter an Bedeutung

Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung

Nach Angaben des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)[1] waren im Jahre 2000 in Westdeutschland 42 % der erwerbstätigen Frauen sozialversicherungspflichtig vollzeit- und 27 % entsprechend teilzeitbeschäftigt (Tabelle 2). Verglichen mit 1991 hat sich ein deutlicher Wandel in der Struktur der Beschäftigungsverhältnisse vollzogen: Der Anteil von Frauen in Vollzeitbeschäftigung war im Jahre 2000 um 7 Prozentpunkte niedriger und der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen um etwa den gleichen Wert höher. Geringfügige Beschäftigung spielt bei den Frauen eine weit größere Rolle als bei den Männern. Die Bedeutung der geringfügigen Beschäftigung ist zuletzt aber merklich zurückgegangen. Hier dürften die Auswirkungen der zum 1. April 1999 eingeführten Sozialversicherungspflicht erkennbar werden.[2] Im Jahre 2000 waren nur noch 11 % der erwerbstätigen Frauen geringfügig beschäftigt — nach 15 % drei Jahre zuvor.[3] Der Anteil von Frauen im Mutterschutz oder Erziehungsurlaub[4] (ohne gleichzeitige Erwerbstätigkeit) hat seit 1991 stetig zugenommen und lag im Jahre 2000 bei 7 %.

---

[1] Die hier vorgelegte Analyse bezieht sich auf die Bevölkerung im Alter von 16 bis 59 Jahren in West- und Ostdeutschland. Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird. Im Jahre 2000 erfolgte eine Verdoppelung der SOEP-Stichprobe auf rund 25 000 Befragungspersonen. Vgl. SOEP Group: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years — Overview. In: Elke Holst u. a. (Hg.): Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP2000). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 70, Nr. 1/2001, S. 7–14; oder auch *http://www.diw.de/soep/*

[2] Vgl. hierzu auch: Keine dramatischen Effekte nach der Reform der geringfügigen Beschäftigung. Bearb.: Johannes Schwarze und Guido Heineck. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 21/2001, S. 319–325.

[3] Hierbei ist zu bedenken, dass der Rückgang der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse geringer ist (der Anteil an allen Beschäftigungsverhältnissen nimmt auch ab, weil die Zahl der Vollzeitbeschäftigten deutlich zugenommen hat).

[4] Am 1. Januar 2001 ist das neue Reformgesetz zum Erziehungsgeld und zur Elternzeit (frühere Bezeichnung Erziehungsurlaub) — BerzGG — in Kraft getreten. Wichtigstes Anliegen der Novelle war der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, wodurch die Gestaltungsmöglichkeit auch von jungen Vätern bei der Betreuung ihrer kleinen Kinder erweitert werden soll (der Erziehungsurlaub wird nach Angaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bisher zu 98,5 % von Müttern in Anspruch genommen). Das Reformgesetz gilt für Kinder vom Geburtsjahrgang 2001 an. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Erziehungsgeld. Elternzeit. Bonn 2001. Das BerzGG trat 1986 in Kraft und enthielt einen Anspruch auf Zahlung eines einkommensabhängigen Erziehungsgeldes für zunächst zehn Monate, ab 1990 für 18 Monate und schließlich von 1993 bis 2000 für zwei Jahre. Das neue Reformgesetz ermöglicht Eltern, die nur ein Jahr statt zwei Jahren Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, statt maximal 600 DM bis zu 900 DM im Monat zu erhalten. Erstmals können Väter und Mütter bei unveränderter dreijähriger Dauer der Elternzeit diese auch gleichzeitig nehmen. Die Grenze für die zulässige Teilzeitarbeit wurde von 19 auf bis zu 30 Wochenstunden erweitert.

Tabelle 1

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter[1] nach Beteiligung im Erwerbsleben

Ergebnisse des Mikrozensus

	Bevölkerung	Erwerbstätige	Erwerbslose	Erwerbsquote	Erwerbstätigenquote
	in 1 000			in %	
			Frauen		
Westdeutschland					
1991	19 122	11 506	788	64,3	60,2
1994	19 396	11 664	1 135	66,0	60,1
1997[2]	19 337	11 750	1 156	66,7	60,8
2000	19 003	12 305	913	69,6	64,8
Veränderung 1991 bis 2000 (%)[3]	–0,6	6,5	13,7	5,3	4,6
Ostdeutschland					
1991	4 729	3 556	563	87,1	75,2
1994	4 564	2 934	919	84,4	64,3
1997[2]	4 449	2 900	842	84,1	65,2
2000	4 310	2 895	697	83,3	67,2
Veränderung 1991 bis 2000 (%)[3]	–9,7	–22,8	19,2	–3,8	–8,0
Deutschland insgesamt					
1991	23 851	15 062	1 351	68,8	63,2
1994	23 960	14 598	2 054	69,5	60,9
1997[2]	23 786	14 650	1 998	70,0	61,6
2000	23 313	15 200	1 610	72,1	65,2
Veränderung 1991 bis 2000 (%)[3]	–2,3	0,9	16,1	3,3	2,0
			Männer		
Westdeutschland					
1991	19 940	16 730	783	87,8	83,9
1994	20 247	16 318	1 363	87,3	80,6
1997[2]	20 020	15 841	1 559	86,9	79,1
2000	19 445	15 836	1 157	87,4	81,4
Veränderung 1991 bis 2000 (%)[3]	–2,5	–5,6	32,3	–0,4	–2,5
Ostdeutschland					
1991	4 716	4 008	377	93,0	85,0
1994	4 705	3 633	518	88,2	77,2
1997[2]	4 694	3 529	640	88,8	75,2
2000	4 599	3 445	632	88,6	74,9
Veränderung 1991 bis 2000 (%)[3]	–2,5	–16,3	40,3	–4,3	–10,1
Deutschland insgesamt					
1991	24 656	20 738	1 160	88,8	84,1
1994	24 952	19 951	1 881	87,5	80,0
1997[2]	24 714	19 370	2 199	87,3	78,4
2000	24 044	19 281	1 789	87,6	80,2
Veränderung 1991 bis 2000 (%)[3]	–2,5	–7,6	35,2	–1,2	–3,9
			Insgesamt		
Westdeutschland					
1991	39 062	28 236	1 571	76,3	72,3
1994	39 643	27 982	2 498	76,9	70,6
1997[2]	39 357	27 591	2 715	77,0	70,1
2000	38 448	28 141	2 070	78,6	73,2
Veränderung 1991 bis 2000 (%)[3]	–1,6	–0,3	24,1	2,3	0,9
Ostdeutschland					
1991	9 445	7 564	940	90,0	80,1
1994	9 269	6 567	1 437	86,4	70,8
1997[2]	9 143	6 429	1 482	86,5	70,3
2000	8 909	6 340	1 329	86,1	71,2
Veränderung 1991 bis 2000 (%)[3]	–6,0	–19,3	29,3	–4,0	–8,9
Deutschland insgesamt					
1991	48 507	35 800	2 511	79,0	73,8
1994	48 912	34 549	3 935	78,7	70,6
1997[2]	48 500	34 020	4 197	78,8	70,1
2000	47 357	34 481	3 399	80,0	72,8
Veränderung 1991 bis 2000 (%)[3]	–2,4	–3,8	26,1	1,0	–1,0

[1] Von 16 bis unter 60 Jahren. — [2] 1996 wurde im Mikrozensus die Leitfrage zur Erwerbstätigkeit verändert. — [3] Veränderung der Quoten in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt, FS 1, Reihe 4.1.1, mehrere Jahrgänge; Berechnungen des DIW Berlin.

Tabelle 2

Beschäftigungsverhältnisse nach Art der Haupterwerbstätigkeit

	Westdeutschland								Ostdeutschland							
	Insgesamt				darunter Frauen				Insgesamt				darunter Frauen			
	1991	1994	1997	2000[3]	1991	1994	1997	2000[3]	1991	1994	1997	2000[3]	1991	1994	1997	2000[3]
	Anzahl															
Stichprobe	5964	5607	5681	10919	2563	2487	2576	5125	2905	2328	2225	3354	1398	1113	1085	1665
	Anteile in %															
Insgesamt[1]	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	73,1	71,3	71,2	72,9	69,8	68,0	66,0	69,2	89,3	83,0	78,9	76,6	88,3	82,6	75,3	76,6
Vollzeit	63,3	61,5	59,5	58,4	49,4	46,8	44,8	42,3	81,5	75,2	70,0	65,4	73,0	67,4	58,2	56,5
Teilzeit	9,8	9,8	11,7	14,5	20,4	21,2	21,2	26,9	7,8	7,8	8,9	11,2	15,3	15,2	17,1	20,1
Beamte	7,7	8,0	7,1	7,1	4,3	5,1	4,8	5,1	1,0	2,1	3,0	2,8	0,4	1,0	2,4	1,8
Selbständige	9,3	9,7	9,4	9,3	8,1	8,0	7,5	7,6	4,7	7,2	8,0	9,8	3,1	4,8	6,8	7,9
Geringfügig Beschäftigte	8,0	8,9	9,4	7,5	13,5	14,0	15,2	11,3	2,1	5,4	7,3	8,2	2,1	6,6	9,7	8,5
Mutterschutz/Erziehungsurlaub[2]	1,9	2,2	2,9	3,2	4,3	4,9	6,5	6,8	2,9	2,3	2,8	2,5	6,1	5,0	5,8	5,2

[1] Im Alter von 16 bis unter 60 Jahren. — [2] Ohne gleichzeitige weitere Ausübung einer Erwerbstätigkeit. — [3] In diesem Jahr wurde die Frage zum Mutterschutz/Erziehungsurlaub nicht mehr in der Leitfrage zur Erwerbstätigkeit, sondern an anderer Stelle im Fragebogen erhoben.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), gewichtete Ergebnisse.

In den letzten 30 Jahren hat sich in Westdeutschland das Erwerbsverhalten von Frauen, insbesondere der Mütter, verändert. Immer mehr Mütter sind berufstätig. Für ihre Erwerbsbeteiligung spielt das Alter der Kinder eine herausragende Rolle (Tabelle 3). Mütter mit Kleinkindern im Haushalt gehen erwartungsgemäß in geringerem Umfang einer Beschäftigung nach (zusammengenommen 43 %) als Mütter mit älteren Kindern (bei 12- bis 16-jährigen Kindern z. B. 72 %). Der Mutterschutz/Erziehungsurlaub hat nur für Mütter mit kleinen Kindern erhebliche Relevanz. Unter den 70 % dieser Frauen, die den Mutterschutz/Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, üben immerhin noch 28 % eine Beschäftigung aus, allerdings zumeist mit reduziertem Stundenumfang; 43 % gehen keiner Beschäftigung nach. Von den knapp 30 % der Mütter mit kleinen Kindern, die keinen Mutterschutz/Erziehungsurlaub (mehr) in Anspruch nehmen, ist dagegen die Hälfte erwerbstätig.

Insgesamt ist zu erwarten, dass die Integration der Mütter in den Arbeitsmarkt in Westdeutschland voranschreitet. Das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird derzeit vor allem über die Ausübung einer Teilzeitbeschäftigung zu lösen versucht. Diese Beschäftigungsform birgt jedoch trotz der meist freiwilligen[5] Ausübung auch Risiken und Nachteile für die berufliche Karriere.[6]

Erwerbsorientierung Nichtbeschäftigter nimmt zu

Auf dem Arbeitsmarkt spielen auch die Erwerbsabsichten Nichterwerbstätiger eine wichtige Rolle. Tabelle 4 zeigt die Struktur der Bevölkerung nach ihrem Erwerbsstatus und ihrer Nähe zum Arbeitsmarkt. Als erwerbstätig[7] gelten hier alle Personen, die zum Befragungszeitpunkt angeben, mindestens eine Stunde einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen.[8] Alle anderen Personen, die kei-

[5] Vgl.: Förderung von Teilzeitarbeit durch gesetzlichen Rechtsanspruch — Reform oder Hindernis für mehr Beschäftigung? Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/2000, S. 825–832.

[6] Für einen internationalen Vergleich siehe auch Jacqueline O'Reilly und Colette Fagan: Part-Time Prospects. An international comparison of part-time work in Europe, North America and the Pacific Rim. London und New York 1998.

[7] In der Gruppe der Erwerbstätigen wurden — den Konventionen der amtlichen Statistik folgend — auch Personen im Erziehungsurlaub berücksichtigt, da diese ihre Erwerbstätigkeit nur unterbrochen haben und aufgrund ihrer Rückkehroption rein rechtlich über einen Arbeitsplatz verfügen. Vgl. dazu ausführlich: Hohe Fluktuation in der Stillen Reserve. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/97, S. 921–928.

[8] Tabelle 4 weist für die Erwerbstätigen einen höheren Anteil als im Mikrozensus aus. Dies hängt mit der umfassenderen Abgrenzung von geringfügig Beschäftigten und Personen im Mutterschutz im SOEP zusammen.

Tabelle 3

Mütter mit Kindern im Haushalt im Jahre 2000 nach der Erwerbsbeteiligung

Anteile in %

	Alter des jüngsten Kindes im Haushalt					
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	unter 4 Jahre	4 bis 11 Jahre	12 bis 16 Jahre	unter 4 Jahre	4 bis 11 Jahre	12 bis 16 Jahre
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Erwerbstätig (nicht in Mutterschutz/ Erziehungsurlaub)	15,2	49,5	71,9	29,6	60,6	77,8
In Mutterschutz/Erziehungsurlaub	70,9	18,9	0,0	65,9	12,4	0,0
davon:						
mit geringfüger Beschäftigung	10,2	1,8	0,0	3,5	0,5	0,0
mit sonstiger Beschäftigung	17,4	2,0	0,0	10,7	1,2	0,0
ohne aktuelle Beschäftigung	43,3	15,1	0,0	51,7	10,7	0,0
Arbeitslos gemeldet[1)]	2,4	1,7	3,8	2,1	22,9	17,9
Stark arbeitsmarktorientierte Stille Reserve[2)]	2,3	4,4	4,6	2,4	2,3	0,8
Gemäßigt arbeitsmarktorientierte Stille Reserve[3)]	5,1	8,2	3,7	0,0	0,2	0,5
Nichterwerbstätige ohne Arbeitsmarktnähe[4)]	4,1	17,3	16,0	0,0	1,6	3,0

[1)] Nichterwerbstätige, die angeben, arbeitslos gemeldet zu sein. — [2)] Nichterwerbstätige, die sofort oder im kommenden Jahr eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen. — [3)] Nichterwerbstätige, die erst in zwei bis fünf Jahren eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen. — [4)] Nichterwerbstätige, die keinen Erwerbswunsch haben oder frühestens nach fünf Jahren eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), gewichtete Ergebnisse.

Tabelle 4

Personen im erwerbsfähigen Alter[1] nach Erwerbsstatus und Nähe zum Arbeitsmarkt

	Westdeutschland								Ostdeutschland							
	Insgesamt				darunter Frauen				Insgesamt				darunter Frauen			
	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000
	Anzahl															
Stichprobe	7705	7382	7387	13741	3800	3696	3723	7019	3475	3067	2870	4325	1759	1560	1448	2198
	Anteile in %															
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Erwerbstätig	78,2	74,8	75,9	79,2	68,9	66,2	68,1	73,0	82,1	72,7	73,6	75,2	77,7	68,0	71,4	72,2
Arbeitslos gemeldet[2]	2,7	6,2	6,9	4,3	2,3	5,0	6,3	3,6	8,8	16,3	15,2	14,6	10,7	19,5	15,7	15,5
In Ausbildung[3]	3,5	3,7	3,2	3,7	3,1	3,8	3,6	3,7	2,4	3,3	4,7	4,4	2,7	3,7	5,2	5,0
Stark arbeitsmarktorientierte Stille Reserve[4]	2,7	2,3	2,0	2,3	3,0	2,6	2,4	3,0	2,2	2,2	2,1	1,4	2,2	1,7	1,7	1,7
Gemäßigt arbeitsmarktorientierte Stille Reserve[5]	2,6	2,7	2,6	2,1	4,6	4,5	3,9	3,1	0,4	0,6	0,4	0,4	0,6	/	/	0,5
Nichterwerbstätige ohne Arbeitsmarktnähe[6]	10,3	10,3	9,4	8,3	18,1	17,9	15,7	13,6	4,1	4,9	4,0	4,0	6,1	6,5	5,6	5,1

(/) Aufgrund geringer Fallzahl (weniger als 10 Fälle) nicht ausgewiesen.

[1] Im Alter von 16 bis unter 60 Jahren. — [2] Nichterwerbstätige, die angeben, arbeitslos gemeldet zu sein. — [3] Nichterwerbstätige in schulischer Ausbildung oder Studium, soweit jünger als 26 Jahre. — [4] Nichterwerbstätige, die sofort oder im kommenden Jahr eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen. — [5] Nichterwerbstätige, die erst in zwei bis fünf Jahren eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen. — [6] Nichterwerbstätige, die keinen Erwerbswunsch haben oder frühestens nach fünf Jahren eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), gewichtete Ergebnisse.

nerlei bezahlten Tätigkeit nachgehen, bilden die Nichterwerbstätigen, zu denen neben den Arbeitslosen und Personen in schulischer Ausbildung (einschl. Studium) auch die Stille Reserve[9] zählt (vgl. Tabellen 3 und 4).

Unter den 16- bis 59-jährigen Frauen hatten im Jahre 2000 nur noch 14 % keinen sich auf die nahe Zukunft beziehenden Erwerbswunsch (1991: 18 %). Aus der Stillen Reserve heraus wollten zusammengenommen etwa 6 % der Frauen eine Beschäftigung aufnehmen, wobei die Hälfte den Wunsch hatte, sofort oder innerhalb des nächsten Jahres erwerbstätig zu werden.

Nichtbeschäftigte schätzen ihre Chancen, eine geeignete Stelle zu finden, jedoch zumeist als schwierig ein (Tabelle 5). So hielten es im Jahre 2000 nur jeweils etwa 15 % der Frauen und Männer in Westdeutschland für leicht, eine geeignete Stelle zu finden; fast die Hälfte der weiblichen Nichterwerbstätigen hielt es für schwierig oder praktisch unmöglich.

Beim gewünschten Beschäftigungsumfang sind deutliche Differenzen zwischen Frauen und Männern zu erkennen, die den traditionellen Vorstellungen zur Aufgabenteilung im Haushalt folgen (Tabelle 6). Nichtbeschäftigte Männer wollen meist ausschließlich eine Vollzeittätigkeit ausüben, während nichtbeschäftigte Frauen vorwiegend an einer Teilzeitarbeit interessiert sind. Im Zeitverlauf scheint sich jedoch ein Wandel in den Arbeitszeitpräferenzen abzuzeichnen — allerdings bei Frauen und Männern in entgegengesetzter Richtung: So ist der Anteil der Männer, die eine Vollzeitbeschäftigung wünschen, seit 1991 um 4 Prozentpunkte gesunken, während er bei den Frauen in diesem Zeitraum um etwa den gleichen Betrag gestiegen ist. Weiterhin ist der Anteil der Frauen, die nur eine Teilzeitstelle wünschen, seit 1991 merklich gesunken (um 10 Prozentpunkte). Diese Entwicklung mag mit der stetigen Ausweitung des Anteils von Single-Haushalten — auch bei den Frauen im Alter von 16 bis 59 Jahren — zusammenhängen,[10] mit der die Notwendigkeit einer ausreichenden eigenständigen finanziellen Absicherung durch Erwerbstätigkeit steigt.[11]

Für Männer ist Teilzeitarbeit nach wie vor keine Alternative. Hier hat sich aber der Anteil derer, die noch nicht wissen, in welchem Umfang sie konkret arbeiten wollen, seit 1991 um 4 Prozentpunkte auf 9 % im Jahre 2000 erhöht.

Überwiegend zwei Verdienste in Ehepaar-Haushalten

Die beschriebenen Veränderungen sind im Zusammenhang damit zu sehen, dass in den in die Analyse einbezogenen Ehepaar-Haushalten überwiegend beide Partner erwerbstätig sind, so dass der Mann nicht mehr als Alleinverdiener den Unterhalt des Haushalts sichert (Tabelle 7). Mittlerweile gehen in 61 % der Ehepaar-Haushalte beide Partner einer Beschäftigung nach; in 22 % der Fälle ist die Partnerin vollzeitbeschäftigt, in 39 % in Teilzeit oder geringfügig erwerbstätig.[12] Nur in 30 % der Ehepaar-Haushalte war der Mann im Jahre 2000 noch der traditionelle Alleinernährer (1991: 38 %). Die ausschließliche Berufstätigkeit der Partnerin ist allerdings nach wie vor die große Ausnahme (4 %), genauso wie die Nichterwerbstätigkeit beider Partner (5 %).[13]

Ostdeutschland: Trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit kein Rückzug vom Arbeitsmarkt

Hohe Erwerbsorientierung bei den Frauen

In Ostdeutschland ist die Erwerbsorientierung von Frauen nach wie vor hoch: Nur 5 % der 16- bis 59-jährigen Frauen wollen gegenwärtig in absehbarer Zeit nicht erwerbstätig werden, fast der gleiche Anteil wie 1991 (Tabelle 4). Dabei ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt anhaltend dramatisch. 16 % der Frauen sind arbeitslos gemeldet und gehen keiner Beschäftigung nach. Dennoch gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich die Frauen vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Ein zunehmender Teil versucht, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch eine Ausbildung zu verbessern.

Die Aussichten, eine geeignete Stelle zu finden, werden in Ostdeutschland von Nichtbeschäftigten generell deutlich schlechter als in Westdeutschland eingeschätzt.

---

[9] Zu bestehenden Konzepten zur Bestimmung der Stillen Reserve vgl. Elke Holst: Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt. Größe — Zusammensetzung — Verhalten. Berlin 2000. Zur Bestimmung der Stillen Reserve durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vgl. aktuell Johann Fuchs: Der Zusammenhang von Stiller Reserve und geringfügiger Beschäftigung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 34, Heft 2, 2001, S. 152–164. Im Jahre 1997 hat das DIW Berlin erstmals ein alternatives Messkonzept zur direkten Erfassung der Stillen Reserve in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Vgl.: Hohe Fluktuation in der Stillen Reserve, a. a. O. Dies wurde fortgeschrieben im Jahre 2000. Vgl.: Stille Reserve wichtig für die Arbeitsmarktflexibilität in Deutschland. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/2000, S. 457–465.

[10] Vgl. auch die aktuellen Ergebnisse auf Basis des Mikrozensus in: Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2000, Wiesbaden 2001, S. 66.

[11] In Westdeutschland stieg nach Angaben des SOEP der Anteil der 16- bis 59-jährigen Frauen, die in Single-Haushalten leben, von 12 % im Jahre 1991 (Männer: 15 %) auf 14 % im Jahre 2000 (Männer: 20 %).

[12] Das Gewicht des monatlichen Nettoeinkommens der Partnerin, gemessen am Nettohaushaltseinkommen, liegt in Haushalten mit zwei vollzeitbeschäftigten Partnern bei reichlich 40 %, in Haushalten, in denen die Partnerin in Teilzeit (Partner in Vollzeit) arbeitet, bei 20 %.

[13] Auch — hier nicht ausgewiesene — Partner, die beide teilzeitbeschäftigt sind, kommen so gut wie nicht vor. Zu beachten ist, dass sich die Analysen auf Personen im Alter von 16 bis 59 Jahren beziehen. Mögliche Effekte, die auf der Inanspruchnahme von Altersteilzeit älterer Beschäftigter beruhen, bleiben damit unberücksichtigt.

Tabelle 5

Chancen der (Wieder-)Beschäftigung[1)]

Anteile in %

	Westdeutschland								Ostdeutschland							
	Männer				Frauen				Männer				Frauen			
	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000
Insgesamt[2)]	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Leicht	28,5	14,1	6,9	15,9	15,1	12,8	10,8	14,2	8,8	8,3	8,2	9,6	4,5	2,4	2,9	3,3
Schwierig	31,7	49,8	50,3	41,7	27,1	35,0	38,4	35,2	52,0	55,1	52,9	57,6	48,2	50,5	53,7	49,0
Praktisch unmöglich	13,4	12,0	17,3	14,8	7,4	10,4	13,4	12,0	19,9	15,3	21,4	14,8	16,5	24,1	23,9	28,0
Beabsichtige, künftig keine Erwerbstätigkeit aufzunehmen	26,4	24,1	25,5	27,6	50,4	41,8	37,4	38,6	19,3	21,3	17,5	18,0	30,8	23,0	19,5	19,7

[1)] Frage: „Wenn Sie jetzt eine Arbeit suchen würden: Ist oder wäre es für Sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, eine geeignete Stelle zu finden?" — [2)] Nichterwerbstätige im Alter von 16 bis unter 60 Jahren.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), gewichtete Ergebnisse.

Tabelle 6

Interesse Nichterwerbstätiger an Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung[1)]

Anteile in %

	Westdeutschland								Ostdeutschland							
	Männer				Frauen				Männer				Frauen			
	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000
Insgesamt[2)]	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Vollzeitbeschäftigung	78,1	76,1	73,8	73,7	22,2	24,9	24,6	26,0	73,9	81,9	72,0	77,3	37,1	46,1	38,6	46,1
Teilzeitbeschäftigung	5,0	3,5	6,9	4,3	61,6	51,8	54,6	51,1	7,7	2,3	2,7	2,0	31,6	21,7	24,2	18,6
Beides recht	12,1	13,9	12,8	13,3	8,0	9,2	13,1	12,8	16,5	12,1	20,5	14,3	25,3	25,8	31,7	26,4
Weiß noch nicht	4,8	6,5	6,5	8,7	8,2	14,1	7,7	10,1	1,9	3,7	4,8	6,4	6,0	6,4	5,5	8,9

[1)] Frage: „Wären Sie an einer Vollzeit- oder einer Teilzeitbeschäftigung interessiert, oder wäre Ihnen beides recht?" — [2)] Nichterwerbstätige im Alter von 16 bis unter 60 Jahren.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), gewichtete Ergebnisse.

Insbesondere Frauen sehen hier Probleme (Tabelle 5): Nur 3 % sind der Ansicht, es sei leicht, eine geeignete Stelle zu finden, mehr als drei Viertel halten es für schwierig oder unmöglich.

Ostdeutsche Mütter häufig erwerbstätig

Auch zehn Jahre nach der Vereinigung haben die Mütter in Ostdeutschland, unabhängig vom Alter ihrer Kinder, eine höhere Erwerbsbeteiligung als in Westdeutschland (Tabelle 3). 30 % der Frauen mit Kindern unter 4 Jahren — ein doppelt so hoher Anteil wie in Westdeutschland — waren im Jahre 2000 erwerbstätig, ohne dass sie sich im Mutterschutz oder Erziehungsurlaub befanden. Auffällig ist, dass es kaum Mütter gibt, die keine Arbeitsmarktnähe aufweisen.

Der Mutterschutz/Erziehungsurlaub wird nicht so oft wie in Westdeutschland in Anspruch genommen. Wer dies allerdings tut, bleibt im Vergleich zu Westdeutschland häufiger ganz zu Hause (Ost: 52 %, West: 43 %). Offenbar wird der Elternurlaub des Öfteren zur Überbrückung der Probleme am Arbeitsmarkt genutzt. Die Wiedereingliederung nach der Erwerbsunterbrechung ist aber häufig schwierig[14]: Der Anteil arbeitslos gemeldeter Mütter mit älteren Kindern ist in Ostdeutschland besonders hoch (z. B. 23 % in der Gruppe der Mütter mit Kindern von 4 bis 11 Jahren).

Mehr Teilzeitarbeit, aber häufig Vollzeittätigkeit gewünscht

In Ostdeutschland vollzieht sich — wie auch in den alten Bundesländern — ein Wandel bei den Beschäftigungsformen (Tabelle 2). Der Rückgang des Anteils sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei den Frauen scheint zum Ende der 90er Jahre zum Stillstand gekommen zu sein, doch schreitet der Wandel von Vollzeit- zu Teilzeitarbeit weiter voran. Mittlerweile ist jede fünfte Frau in Ostdeutschland teilzeitbeschäftigt (1991: 15 %), und 9 % gehen einer geringfügigen Beschäftigung nach (1991: 2 %). Allerdings werden insbesondere diese Beschäftigungsformen in vielen Fällen unfreiwillig ausgeübt: Etwa ein Drittel der in Teilzeit beschäftigten Frauen würde lieber in Vollzeit arbeiten (in Westdeutschland nur 6 %).[15]

Nichtbeschäftigte Frauen wollen wieder öfter ein Vollzeitarbeitsverhältnis eingehen (Tabelle 6). In Teilzeit möchten weniger denn je arbeiten (19 %). Bei den Männern sind die Wünsche noch ausgeprägter: 77 % wollen eine Vollzeit- und nur 2 % eine Teilzeitbeschäftigung ausüben.

Aufnahme einer Erwerbstätigkeit aus finanziellen Gründen häufiger notwendig als in Westdeutschland

In ostdeutschen Ehepaar-Haushalten ist es nach wie vor üblich, dass beide Partner erwerbstätig sind und auch die Frauen zumeist in Vollzeit arbeiten. Weitere Berechnungen[16] zur Bedeutung des monatlichen Nettoerwerbseinkommens der Partnerinnen ergaben einen Anteil von 44 % am monatlichen Nettohaushaltseinkommen bei vollzeitbeschäftigten Frauen und von 31 % bei teilzeitbeschäftigten Frauen, wobei der Partner jeweils einer Vollzeittätigkeit nachging. Auch leben inzwischen in Ostdeutschland, wo vor der Vereinigung die Wohnungen ein knappes Gut waren, immer mehr Menschen allein oder sind als Alleinerziehende auf einen eigenen Verdienst angewiesen. Der Anteil Alleinerziehender unter den Frauen lag im Jahre 2000 bei 11 % (1991: 8 %), der Anteil der Single-Haushalte unter den Frauen bei 9 % (1991: 7 %); bei den Männern hat sich dieser Anteil seit 1991 sogar auf 19 % verdoppelt und das westdeutsche Niveau erreicht.

All dies führt dazu, dass die ausschließlich finanzielle Motivation für die Aufnahme einer Beschäftigung bei den nichtbeschäftigten Frauen in Ostdeutschland mit einem Anteil von 32 % hoch ist; sie entspricht sogar dem vergleichbaren Anteil der Männer in Westdeutschland (Tabelle 8). Für 46 % der Frauen stehen Geld verdienen und andere Gründe gleichermaßen im Vordergrund (West: 34 %). Nur ein Fünftel der ohnehin kleinen Gruppe der Nichterwerbstätigen beabsichtigt, künftig keine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Wirtschafts- und sozialpolitische Schlussfolgerungen

Erwerbsarbeit von Frauen ist nicht nur in Ostdeutschland, sondern inzwischen auch in Westdeutschland eine Selbstverständlichkeit. Der Trend zu mehr Single-Haushalten sowie hohe Scheidungsraten[17] erfordern eine ausreichende eigenständige Sicherung für Frauen, damit diese z. B. auch gegen Armut im Alter wirksam vorbeugen können. Die vorgelegten Analysen mit Daten des SOEP zeigen darüber hinaus, dass in Paarhaushalten die Frauen mit ihrem Verdienst einen substantiellen Beitrag zur finanziellen Sicherung der Familie leisten.

---

[14] Vgl. auch Gerhard Engelbrech und Maria Jungkunst: Erziehungsurlaub. Hilfe zur Wiedereingliederung oder Karrierehemmnis? In: IAB-Kurzbericht, Nr. 11 vom 20.6.2001.

[15] Vgl.: Förderung von Teilzeitarbeit ..., a. a. O.

[16] Angaben tabellarisch hier nicht ausgewiesen.

[17] Vgl. Statistisches Bundesamt: Neuer Höchststand bei den Ehescheidungen im Jahr 2000. Mitteilung für die Presse vom 6. September 2001, Wiesbaden.

Tabelle 7

Erwerbstätigkeit in Ehepaar-Haushalten[1)]

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1991	1994	1997	2000	1991	1994	1997	2000
	Anzahl							
Stichprobe	2 284	2 196	2 161	3 880	1 180	978	826	1 120
	Anteile in %							
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Beide erwerbstätig	56,3	52,8	54,7	61,1	70,4	59,8	62,7	66,3
davon:								
Partnerin in Vollzeit	21,5	20,2	21,9	21,8	55,5	43,4	44,2	43,4
Partnerin in Teilzeit	23,8	21,3	20,3	30,1	13,5	12,9	15,0	18,9
Partnerin geringfügig Teilzeit	11,0	11,3	12,5	9,2	1,4	3,5	3,5	4,0
Nur Mann erwerbstätig	37,8	37,5	33,4	29,7	20,2	22,0	21,9	18,9
darunter: Partnerin arbeitslos gemeldet	1,6	2,7	3,2	1,7	10,1	13,4	11,9	11,5
Nur Partnerin erwerbstätig	3,7	5,4	6,2	4,3	5,4	9,5	7,6	8,1
davon:								
Partnerin in Vollzeit	2,6	3,6	2,9	2,2	4,2	7,9	5,6	6,2
Partnerin in Teilzeit	0,7	1,2	2,4	1,5	1,2	1,2	1,4	1,9
Partnerin geringfügig Teilzeit	/	/	0,9	0,6	/	/	0,6	0,5
Nachrichtlich darunter: Partner arbeitslos gemeldet	1,2	3,0	2,3	2,0	3,1	7,0	6,0	7,4
Beide nichterwerbstätig	2,4	4,4	5,6	4,7	4,1	8,6	7,9	6,7
darunter:								
Nur Partnerin arbeitslos gemeldet	/	0,2	0,5	0,6	1,5	1,4	/	0,6
Beide arbeitslos gemeldet	/	0,6	0,5	/	1,3	4,3	3,2	3,7

(/) Aufgrund geringer Fallzahl (weniger als 10 Fälle) nicht ausgewiesen.

[1)] Verheiratet im Haushalt zusammenlebend; männlicher Partner im Alter von 16 bis unter 60 Jahren.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), gewichtete Ergebnisse.

Tabelle 8

Gründe Nichterwerbstätiger für die Aufnahme einer Berufstätigkeit[1)]

Anteile in %

	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	Männer			Frauen			Männer			Frauen		
	1994	1997	2000	1994	1997	2000	1994	1997	2000	1994	1997	2000
Insgesamt[2)]	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Geld verdienen	34,2	31,4	31,6	20,9	20,4	20,8	41,4	46,3	36,0	33,2	34,7	31,8
Andere Gründe	4,0	3,7	2,5	7,1	4,3	6,3	2,2	2,4	3,6	1,9	1,6	3,0
Beides gleichermaßen	37,7	39,6	38,3	30,2	37,9	34,3	35,1	33,8	42,4	41,9	44,2	45,5
Beabsichtige, künftig keine Erwerbtätigkeit aufzunehmen	24,1	25,3	27,6	41,8	37,4	38,6	21,3	17,5	18,0	23,0	19,5	19,7

[1)] Frage: „Es gibt ja verschiedene Gründe dafür, berufstätig zu sein. Was steht bei Ihnen im Vordergrund: dass Sie Geld verdienen oder andere Gründe?" — [2)] Nichterwerbstätige im Alter von 16 bis unter 60 Jahren.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), gewichtete Ergebnisse.

Die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist jedoch schwierig, in Ostdeutschland sogar anhaltend prekär. Nicht der Rückzug in die Familie, sondern sinkende Fertilitätsraten waren in der Vergangenheit bei den bestehenden Rahmenbedingungen die Konsequenz:[18] Im Jahre 2000 lebte in Ostdeutschland nur noch knapp ein Drittel der Frauen im Alter von 16 bis 59 Jahren in Haushalten mit Kindern unter 16 Jahren, 1991 waren es noch 42 %.

Familienpolitische Reformen sollten diesem sozialen Wandel verstärkt Rechnung tragen. So bedarf die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Verbesserung der materiellen Leistungen im Rahmen des Familienlasten- bzw. -leistungsausgleichs der Ergänzung, Ausweitung und Qualitätssteigerung bei Infrastruktureinrichtungen für Kinder.[19] Insgesamt ist den Anreizen des Steuer- und Sozialsystems für die Beschäftigung von Frauen stärkere Aufmerksamkeit im Hinblick auf gleichstellungspolitische Auswirkungen zu widmen.

Weiterhin liegt es an den Unternehmen zu erkennen, dass die Berücksichtigung familiärer Verpflichtungen in der Organisation der betrieblichen Abläufe notwendig und unverzichtbar ist, wenn eine langfristige Sicherung qualifizierten Personals erreicht werden soll.[20] Frauen haben heute höhere Qualifikationen denn je. Eine Nutzung dieser Potentiale bei gleichzeitiger Ermöglichung eines Familienlebens ist *die* Zukunftsaufgabe moderner Gesellschaften.

---

[18] Vgl. auch Michaela Kreyenfeld: Changes in the Timing of First Birth in East Germany after Reunification. In: Schmollers Jahrbuch, Jg. 120, Heft 2, 2000, S. 169–186. Zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den Ländern Europas vgl. auch Jürgen Döbritz: Europäische Fertilitätsmuster. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 25, Heft 2, 2000, S. 235–266.

[19] Vgl. Petra Beckmann und Beate Kurtz: Erwerbstätigkeit von Frauen. Die Betreuung der Kinder ist der Schlüssel. In: IAB Kurzbericht, Nr. 10 vom 15.6.2001; Kindertageseinrichtungen in Deutschland — Ein neues Steuerungsmodell bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen. Bearb. Michaela Kreyenfeld u. a. In: Wochenbericht des DIW, Nr 18/2000, S. 269–275, sowie Michaela Kreyenfeld u. a.: Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung, Neuwied und Berlin 2001.

[20] Vgl. hierzu auch: Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft vom 2.7.2001. *http://www.bundesregierung.de*

DEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren[1)]

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen)[2)]													
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter-produzenten		Investitionsgüter-produzenten		Gebrauchsgüter-produzenten		Verbrauchsgüter-produzenten	
					Insgesamt		Inland		Ausland									
	in 1000				1995 = 100													
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1999 J	4 114		443		108,9		101,3		122,5		106,1		115,1		94,4		100,3	
F	4 110	4 112	447	444	107,6	108,1	99,2	100,3	122,7	122,0	103,5	105,2	115,2	114,6	92,8	93,1	98,4	99,3
M	4 091		452		107,9		100,6		120,9		106,0		113,5		91,9		99,2	
A	4 094		450		110,5		101,4		126,8		107,4		117,1		94,8		102,1	
M	4 110	4 101	446	449	108,1	109,9	99,3	101,1	123,8	125,8	104,7	106,7	115,0	117,1	92,5	94,9	99,6	99,8
J	4 109		447		111,2		102,5		126,8		107,8		119,1		97,2		97,8	
J	4 102		453		112,7		102,7		130,7		110,4		119,6		96,2		100,5	
A	4 098	4 101	458	456	116,3	115,0	104,9	103,9	136,8	134,8	111,7	111,5	126,4	123,7	97,4	97,3	100,6	99,9
S	4 097		465		115,9		104,3		136,9		112,4		125,2		98,3		98,7	
O	4 087		473		116,8		106,6		135,3		114,0		125,3		98,6		100,5	
N	4 057	4 066	479	476	118,9	117,4	106,8	106,2	140,6	137,4	116,4	115,5	127,0	125,1	100,5	99,2	102,5	100,5
D	4 011		486		116,4		105,3		136,2		115,9		122,8		98,4		98,5	
2000 J	3 986		487		118,6		105,7		141,9		114,8		129,0		98,8		98,8	
F	3 958	3 975	490	489	122,5	121,7	109,1	107,6	146,6	147,2	119,3	117,9	132,6	132,5	102,2	101,5	101,0	100,0
M	3 953		492		124,0		107,9		153,1		119,5		135,9		103,5		100,3	
A	3 936		503		124,8		110,2		151,1		119,6		137,8		103,2		99,2	
M	3 900	3 918	515	508	126,9	126,2	112,0	111,2	153,5	153,2	122,7	121,3	139,1	139,2	103,9	102,9	101,1	100,8
J	3 881		521		127,0		111,5		155,0		121,5		140,7		101,5		102,1	
J	3 864		526		126,6		110,5		155,6		120,8		140,5		103,0		101,0	
A	3 845	3 854	527	526	125,6	126,3	109,7	110,2	154,4	155,3	121,2	121,1	137,7	139,1	103,8	103,3	101,5	102,1
S	3 824		531		126,5		110,2		155,8		121,5		139,0		103,1		103,8	
O	3 805		532		128,5		110,0		161,7		121,4		143,6		104,5		102,9	
N	3 797	3 803	533	533	128,4	130,1	110,6	111,5	160,3	163,5	119,5	121,0	145,7	147,6	103,4	104,5	100,7	103,1
D	3 788		535		133,3		113,8		168,6		122,0		153,4		105,8		105,7	
2001 J	3 795		533		129,4		111,7		160,9		121,7		144,8		105,8		103,9	
F	3 802	3 798	536	535	127,1	127,2	109,8	110,7	158,1	156,9	118,8	119,1	143,1	143,1	102,7	103,4	102,7	103,0
M	3 808		535		125,3		110,6		151,8		116,7		141,2		101,7		102,3	
A	3 814		523		122,7		106,9		151,2		116,3		135,7		101,0		102,9	
M	3 832	3 824	509	517	125,5	123,8	107,1	106,1	158,6	155,5	116,8	116,2	141,2	138,0	102,7	102,0	103,6	103,7
J	3 847		503		123,1		104,3		156,7		115,4		136,9		102,3		104,5	
J	3 855		496		122,2		105,6		151,9		113,9		136,2		102,1		104,2	
A	3 856	3 858	492	495	121,5		106,0		149,4		113,4		135,9		101,4		102,2	
S	3 881		490															
O																		
N																		
D																		

[1)] Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — [2)] Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren[1)]

	Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe		Produktion[2)]										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel)[2)]			
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter-produzenten		Gebrauchsgüter-produzenten		Verbrauchsgüter-produzenten		Bauhaupt-gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
	in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1999 J	6 407		109,9		115,8		99,6		102,7		89,1		100,2		78,7		66,8	
F	6 401	6 402	108,4	109,2	115,0	115,2	96,9	98,4	102,4	102,9	82,4	86,4	99,2	100,9	79,3	236,8	69,6	205,3
M	6 393		109,2		114,7		98,7		103,5		87,8		103,2		78,7		68,9	
A	6 372		111,3		118,6		100,0		103,4		89,8		99,4		80,9		70,1	
M	6 366	6 372	108,0	110,1	114,0	117,0	96,0	99,5	101,9	102,6	85,0	87,9	97,7	99,7	79,2	241,4	71,2	211,9
J	6 362		111,1		118,5		102,5		102,5		88,8		102,0		81,4		70,5	
J	6 356		110,9		117,3		100,0		103,5		87,7		101,8		83,3		72,2	
A	6 354	6 356	112,6	112,1	120,2	118,9	103,7	102,0	103,8	103,8	87,8	87,9	100,4	100,7	84,0	252,5	74,1	220,5
S	6 355		112,8		119,2		102,4		104,0		88,3		99,9		85,2		74,3	
O	6 353		113,2		120,9		102,3		104,5		88,2		101,9		83,1		73,4	
N	6 354	6 354	114,1	113,4	121,6	120,5	105,0	103,8	104,8	104,4	87,0	87,3	101,9	102,3	87,9	258,1	76,0	223,2
D	6 354		112,8		118,9		104,2		103,8		86,6		103,0		87,1		73,8	
2000 J	6 349		114,1		123,3		102,4		103,3		85,8		100,6		89,2		79,8	
F	6 351	6 352	116,6	115,7	126,0	125,5	106,3	104,1	104,5	104,0	90,6	87,6	105,0	102,2	90,3	273,2	78,8	242,5
M	6 355		116,5		127,1		103,6		104,2		86,5		101,0		93,7		83,9	
A	6 366		117,2		127,2		105,1		105,5		85,2		103,2		92,6		82,0	
M	6 372	6 368	120,7	118,8	132,6	129,8	110,1	106,1	106,7	106,3	88,4	85,6	106,0	103,7	96,7	286,5	86,6	254,9
J	6 376		118,6		129,5		103,3		106,8		83,3		101,8		97,2		86,3	
J	6 382		119,9		131,7		107,2		105,9		83,2		101,4		97,0		87,7	
A	6 384	6 382	119,8	120,2	131,8	133,0	105,3	106,0	105,9	106,0	84,1	83,0	104,8	103,6	98,1	294,5	88,7	267,0
S	6 382		121,0		135,3		105,5		106,3		81,7		104,6		99,5		90,6	
O	6 389		121,3		133,7		108,0		106,6		81,3		102,4		105,7		94,4	
N	6 394	6 391	121,7	122,7	135,4	136,8	105,0	106,8	105,9	106,6	83,1	82,9	103,9	102,8	102,3	313,3	95,1	287,8
D	6 398		125,1		141,1		107,4		107,3		84,5		102,2		105,2		98,2	
2001 J	6 412		123,3		138,5		110,3		106,4		79,5		106,5		104,2		92,5	
F	6 414	6 410	122,5	122,7	137,2	137,7	107,5	109,4	106,6	106,3	78,2	77,5	101,5	104,3	105,4	312,8	94,9	276,4
M	6 412		122,4		137,3		110,2		105,9		74,9		105,0		103,2		89,0	
A	6 414		120,3		134,6		108,3		104,8		73,5		105,2		105,7		94,6	
M	6 410	6 411	120,2	120,6	133,9	134,7	106,8	108,6	105,1	105,1	74,6	74,5	105,4	105,7	104,5	315,3	89,2	276,7
J	6 404		121,3		135,5		110,7		105,3		75,4		106,6		105,1		92,9	
J	6 399		119,1		132,6		107,3		105,5		75,5		105,4		105,6		90,7	
A			120,1		133,7		111,0		106,4		74,4		106,5		106,7		88,5	
S																		
O																		
N																		
D																		

[1)] Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — [2)] Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.

Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.

Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.

Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS1.139,— / sFr138,—.

Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.

Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.

Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.

Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.

Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.

Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.

Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.

Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dietmar Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.

Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.

Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Gh Kassel), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.

Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.

Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszona, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.145,— / sFr 176,—.

Heft 185 **Kommunalfinanzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / öS 964,— / sFr 131,—.

Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau — Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). DM 138,— / sFr 122,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.

Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715- 1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.

Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.

Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.

Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.

Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.

Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.

Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.

Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.

Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel" am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.

Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.

Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,–.

Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50.

Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). DM 148,— / sFr 131,—.

Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). DM 92,— / sFr 81,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: http://www.diw-berlin.de

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Ulrich Kamecke (kommissarisch), Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Bundesverkehrswege: Neubau auf Kosten der Substanzerhaltung künftig nicht mehr vertretbar
Bearbeitet von Uwe Kunert und Heike Link

Erwerbsverhalten von Frauen: Trotz Annäherung immer noch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West
Bearbeitet von Elke Holst und Jürgen Schupp

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig
Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin
Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—
Zuzüglich Versandspesen

ISSN 0012-1304